



Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der E.on Aktiengesellschaft am 6. Mai 2010

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 2

Der Bilanzgewinn aus dem Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 2.858.185.225 Euro soll nicht wie von Aufsichtsrat und Vorstand vorgeschlagen in voller Höhe an die Aktionäre ausgeschüttet werden.

Stattdessen sollen 500.000.000 Euro des Bilanzgewinns für die verstärkte Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien verwendet werden.

Weitere 500.000.000 Euro sollen als Gewinnvortrag im Unternehmen verbleiben.

Für die Aktionäre kommen so immer noch 858.185.225 Euro zur Ausschüttung.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

1.

Wir beantragen, den Vorstand wegen seiner verantwortungslosen Atompolitik nicht zu entlasten.

Begründung

E.on betreibt in Deutschland und in Europa eine aggressive Atom-Expansionspolitik, obwohl die weitere Nutzung der Atomenergie den dringend notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien verhindert. Zudem verdrängt E.on die enormen Gefahren der Atomenergie.

In Deutschland ist E.on zum Beispiel an den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel beteiligt, die seit drei Jahren wegen schwerer Pannen still liegen. Dennoch will E.on zusammen mit Vattenfall beide Pannenreaktoren wieder ans Netz bringen.

Im westfälischen Gronau ist E.on Anteilseignerin am multinationalen Urananreicherer Urenco. Jahrelang hat die Urenco ihren abgereicherten Uranmüll kostengünstig in Russland entsorgen können, nun wird der Uranmüll größtenteils nach Frankreich exportiert, ab 2011 soll in Gronau ein riesiges Uranmüll-Zwischenlager entstehen. Doch eine sichere Endlagerung des Urans ist nicht geklärt.

Über die Firma GNS (Gesellschaft für Nuklear-Service) will E.on in Russland neue Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente bauen. Dabei geht es um den Neubau von AKW, zum Beispiel in Kaliningrad. Um eine sichere Endlagerung des hochradioaktiven Atommülls in Russland kümmert sich E.on genauso wenig wie bei der Endlagerung des Uranmülls aus Gronau. Doch bei der Zwischenlagerung möchte der Konzern natürlich gerne hohe Profite einstreichen. Gleichzeitig ermöglicht E.on über die GNS überhaupt erst den Bau der Atomkraftwerke in Russland, indem eine Lagerung des Atommülls für 40 Jahre garantiert wird – doch Atommüll muss Zehntausende von Jahren gelagert werden. Das ist E.on in Russland anscheinend genauso egal wie in Deutschland.

In Finnland beteiligt sich der Konzern mit 34 Prozent an der Energiefirma Fennovoima, die neue Atomreaktoren in Finnland bauen will. An den möglichen Standorten schlägt dem Konzern deutlicher Widerstand entgegen, der sich davon jedoch nicht beeindrucken lässt. In Hanhikivi am Botnischen Meerbusen soll ein AKW mitten in einem wichtigen Naturschutzgebiet entstehen – in Deutschland wäre hier ein AKW-Bau ausgeschlossen.

In Großbritannien will E.on zusammen mit RWE mehrere Atomkraftwerke bauen, auch in Frankreich will E.on in den AKW-Bau einsteigen. In Deutschland versucht E.on zusammen mit RWE den Atomausstieg mit allen Mitteln zu verhindern, obwohl die Vorstandschefs der Konzerne im Kanzleramt selbst ihre Unterschrift unter den Atomausstieg gesetzt haben.

2.

Wir beantragen, den Vorstand wegen seiner klimaschädlichen Geschäftspolitik nicht zu entlasten.

Begründung

E.on beharrt auf einer sehr gefährlichen Kombination von Atom- und Kohlekraftwerken. Dabei übt E.on z. B. einen sehr demokratiegefährdenden Druck auf die Landesregierung in NRW aus, die willfährig den Klimaschutz aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen hat, um doch noch den Weiterbau des Kohlekraftwerks in Datteln zu ermöglichen.

Dort hat E.on den Bau eines klimaschädlichen Kohlekraftwerks begonnen, obwohl der Bebauungsplan offensichtlich rechtswidrig war und nun vom Oberverwaltungsgericht Münster in wesentlichen Teilen einkassiert wurde.

Anstatt das Projekt nun aufzugeben und das gesparte Geld in den Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien umzuleiten, setzt E.on alles daran, über die Landesregierung in Düsseldorf die Gesetze so ändern zu lassen, dass der Klimakiller in Datteln doch noch ans Netz gehen kann.

In Großbritannien drohte E.on der Regierung, ein weiterer Ausbau der Windkraft mache den Neubau von Atomkraftwerken unrentabel. Das belegt nur, dass Atomenergie den Umstieg auf erneuerbare Energien verhindert. Auch hier versucht E.on intensiv, die politischen Entscheidungen so zu beeinflussen, dass Profit vor Klimaschutz geht.

3.

Wir beantragen, den Vorstand wegen seiner Gefährdung der Ernährungssicherheit von Menschen in armen Ländern nicht zu entlasten.

Begründung

E.ON setzt auf den Erhalt und Ausbau der fossilen Stromerzeugung und blockiert so die dringend notwendige Umstrukturierung der Energiebranche hin zu mehr Klimafreundlichkeit. Die Ausbreitung von Hunger ist eine der schlimmsten Folgen des Klimawandels. Den Preis zahlen vor allem Menschen in armen Ländern, denn sie leiden am stärksten unter den Folgen des Klimawandels. Krankheiten breiten sich in Gegenden aus, die dafür bislang als zu kalt galten. Extremwetterlagen, beispielsweise ungewöhnlich starke Regenfälle oder lang anhaltende Dürren, verringern die Ernteerträge und treiben weltweit die Preise für Grundnahrungsmittel wie Weizen oder Reis weiter in die Höhe. Gebiete, in denen es schon immer wenig Wasser gab, werden infolge zunehmender Trockenheit schlicht unbewohnbar. Steigende Temperaturen und sich ändernde Niederschlagsmuster beeinträchtigen den Anbau von Grundnahrungsmitteln wie Mais und Reis. Experten sagen für Afrika und das westliche Asien einen Rückgang der Ernteerträge lebenswichtiger Nutzpflanzen wie Mais, Reis und Weizen um 15 bis 35 Prozent voraus, wenn die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten mehr als 3° C beträgt.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung verweigert.

Begründung

Der Aufsichtsrat kommt seiner Kontrollpflicht gegenüber dem Vorstand nicht in ausreichendem Maß nach. So verhindert der Aufsichtsrat nicht, dass E.on weiterhin verantwortungslose Atominvestitionen plant und den Bau von Kohlekraftwerken, die das Klima schädigen, fortsetzt.

Der Aufsichtsrat hätte die Pflicht, den Vorstand von seiner atomenergie- und kohlefreundlichen Geschäftspolitik abzubringen und von ihm einen stärkeren Einsatz und höhere Investitionen in erneuerbare Energien zu fordern. Wer die Weichen nicht bereits heute konsequent in Richtung Klimaschutz stellt, sondern statt dessen weiter auf irreversible Risikotechnologien setzt, darf dem größten deutschen Energiekonzern nicht mehr vorstehen.

Der Aufsichtsrat muss in seine Überlegungen mit einbeziehen, dass der Klimawandel schon jetzt die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört. Der Aufsichtsrat darf nicht zulassen, dass noch weitere Kohlekraftwerke gebaut werden. Eine klimafeindliche Energiegewinnung ist nicht mehr zu verantworten.

Der Aufsichtsrat hätte verhindern müssen, dass 100 % des Bilanzgewinns an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Damit zeigt der Aufsichtsrat, dass er sich ausschließlich den Shareholder-Interessen verpflichtet fühlt und berechnete Anliegen anderer Stakeholder übergeht.

Köln, 21.04.2010

Markus Dufner

Geschäftsführer

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.